Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen + P



Bremerhaven, 23.09.2025

Anfrage - Nr. StVV - AF 21/2025 (§ 38 GOStVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.10.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket. Expertise vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (GRÜNE+P)

Die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BUT-Mittel) unterstützen Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien. Durch das Scheitern der Kindergrundsicherung sind diese BUT-Mittel für Kommunen mit einer hohen Kinderarmutsquote und schwierigen Haushaltslagen, zu denen auch Bremerhaven gehört, ein wichtiges Instrument, um Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Von daher sollte Bremerhaven hier einen hohen Nutzungsgrad anstreben.

Im Rahmen einer Expertise des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus dem Jahr 2023 wurden die Teilhabequoten im SGB II untersucht und für Bremerhaven eine Teilhabequote von 14,5 % (Anteil von Leistungsbewilligungen) festgestellt. Weiter führt die Expertise aus, dass die Bundesebene die im SGB II und nach dem Bundeskindergeldgesetz entstandenen Kosten des BUT ausgleicht, indem sie die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung (KDU) entsprechend erhöht.

Wir fragen den Magistrat:

1. Sieht der Magistrat Möglichkeiten, die oben genannte Teilhabequoten für Bremerhaven zu erhöhen?

Wenn ja: Welche Möglichkeiten sind dies? Und welche Vorhaben sind bereits in Vorbereitung?

Stehen Informationen zum BUT mehrsprachig zur Verfügung?

Wenn Ja: In welchen Sprachen?

Wenn Nein: Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, entsprechende Informationen mehrsprachig zur Verfügung zu stellen und ab wann könnten diese zur Verfügung stehen?

3. Werden die der Stadt Bremerhaven entstehenden Kosten für Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket vollständig durch Kostenerstattungen bei den KDU-Leistungen an die Stadt ausgeglichen?

Wenn Nein: Wie hoch ist der Betrag der BUT-Kosten, die die Stadt Bremerhaven nicht vom Bund erstattetet bekommen hat? Oder gibt es andere Erstattungswege für diese Kosten?

Petra Coordes und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P